

Freihandel Gabriel will Ceta durchsetzen

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat für September ein ehrgeiziges Ziel: Er will trotz großer Widerstände in seiner Partei das umstrittene Freihandelsabkommen Ceta zwischen Europa und Kanada durchsetzen. Gleich in der ersten Sitzungswoche des Parlaments nach der Sommerpause plant er im Wirtschaftsausschuss für die Vereinbarung zu werben. Im Bundestag soll ein entsprechender Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalition abgesegnet werden. Dieser richtet sich an die europäisch-kanadischen Regierungsberatungen, die im Oktober stattfinden sollen.

Die zögerlichen Genossen will Gabriel auf dem Parteikonvent der SPD am 19. September in Wolfsburg zusammen mit der linksliberalen Handelsministerin Kanadas überzeugen. Mit einem positiven Votum des Parlaments und der Partei ausgestattet,



Gabriel während seiner Sommerreise in Lübtheen, Mecklenburg-Vorpommern

könnte Gabriel im Herbst im EU-Ministerrat für das Abkommen stimmen. Gibt auch das EU-Parlament seinen Segen, würde das Freihandelsabkommen vorläufig in Kraft

treten. Erst im Anschluss müssten die nationalen Parlamente in den EU-Mitgliedstaaten zustimmen. In Deutschland wäre das erst nach der Bundestagswahl im

Herbst 2017 der Fall. Bis dahin, so das Kalkül Gabriels, könnten sich die negative Stimmung und die Proteste im Land gegen Freihandelsabkommen gelegt haben. gt

Schulpolitik „Fauler Kompromiss“

In Bayern sollen Gymnasien künftig selbst entscheiden, ob sie ihre Schüler in acht oder neun Jahren zum Abitur führen – damit weicht ein weiteres Bundesland die G-8-Regel auf. Klaus Klemm, 74, ist einer der bekanntesten deutschen Bildungsforscher. Der Professor im Ruhestand, der zuletzt an der Universität Duisburg-Essen lehrte, hält wenig vom bayerischen Vorstoß.

SPIEGEL: Bayern war seinerzeit einer der stärksten Verfechter der Umstellung auf G8. Warum jetzt die Rolle rückwärts?

Klemm: Das ist eine Reaktion auf aktuelle Stimmungen in der Elternschaft, ein fauler Kompromiss, der nicht pädagogisch fundiert ist. Das achtjährige Gymnasium ist im-

mer wieder auf Widerstand gestoßen, Kinder klagten über zu viel Stress und zu wenig Freizeit. Die Politik rennt nun den Umfragen hinterher. Das finde ich problematisch.

SPIEGEL: Das klingt nicht, als ob Sie G8 wirklich für so fordernd halten.

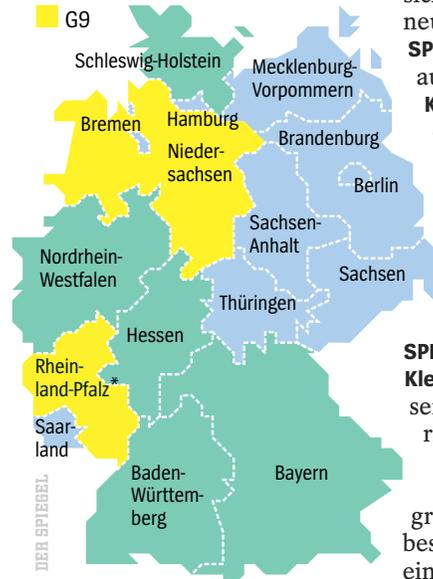
Klemm: Es gibt keine empirischen Beweise, dass die Belastung größer ist als bei G9. In Ostdeutschland, wo es immer schon das achtjährige Gymnasium gab, beschwerten sich viel weniger Leute.

SPIEGEL: Können Eltern nicht am besten selbst entscheiden, in welchem System ihr Kind lernen soll, wie nun in Bayern geplant?

Klemm: Viele werden keine Wahl haben. Wer im ländlichen Raum wohnt, muss mit dem leben, was die nächstgelegene Schule anbietet. Das

Gymnasialzeit in den Bundesländern

- G8
- G8 mit einzelnen G9-Angeboten oder Wahlfreiheit
- G9



*Gymnasialzeit dauert in der Regel 8,5 Jahre

verstärkt die Ungleichheit zwischen Stadt und Land noch einmal mehr. Zudem ist das Bildungssystem in Deutschland schon unübersichtlich genug. Eine erneute Umstellung verwirrt.

SPIEGEL: Und sie kostet auch Geld.

Klemm: Ja. Denn wenn die Schüler ein Jahr länger lernen, brauchen Schulen mehr Räume und Lehrkräfte. Diese Ressourcen werden derzeit an anderer Stelle viel dringender benötigt.

SPIEGEL: Wo denn?

Klemm: Die Schulen müssen den Ganztagsunterricht ausbauen, die Inklusion stemmen und geflüchtete Kinder integrieren. Dort ist das Geld besser investiert als in einem weiteren Experiment mit G8. olb